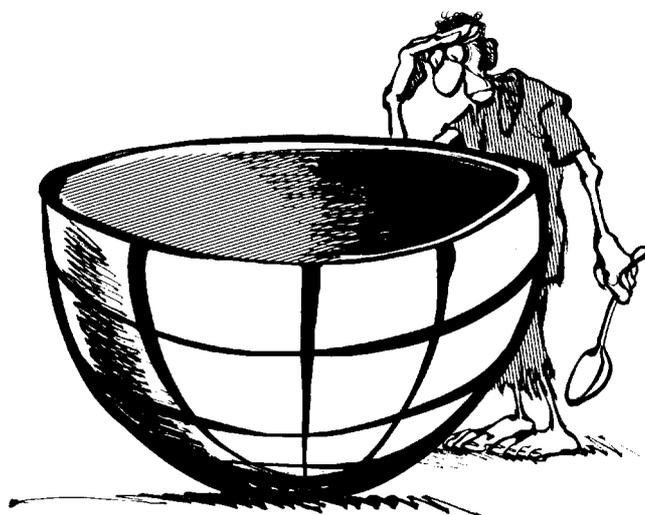
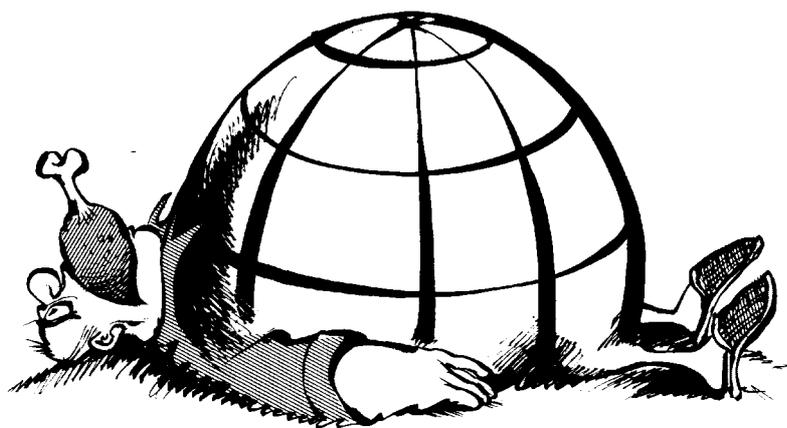


Zukunftsfähig Wirtschaften

*Alternativen zu einer wirtschaftlich
dominierten Globalisierung*

17.8



Inhalt

Vorwort	3
Einleitung	4
Das Tabu brechen – Schwächen und Fehler neoliberaler Wirtschaftstheorien erkennen	5
Kursänderung – Neue ökonomische Ziele definieren	8
Wohlstand sinnvoll messen	11
Für die Zukunft planen – Ressourcennutzung und Ressourcenkonflikte verringern	12
Ressourcen teilen – Armut und Ungerechtigkeit bekämpfen	14
Prioritäten ändern – In die wahre Wirtschaft investieren	16
Lokale Wirtschaftszusammenhänge stärken	17
Den Einfluß von Unternehmen kontrollieren	19
Transparenz und Demokratie im Welthandel durchsetzen	21
Regeln und Institutionen erneuern	22

Vorwort

Spätestens seit dem Scheitern der WTO-Konferenz in Seattle 1999 ist die wirtschaftlich dominierte Globalisierung ins Gerede gekommen. Immer mehr Menschen suchen weltweit nach Alternativen, nach Möglichkeiten, den globalen Handelsströmen sinnvolle ökologische und soziale Grenzen zu setzen.

Dieses Positionspapier ist ein bislang einzigartiger Beitrag zu dieser Suche nach anderen, neuen Wegen, da es von Organisationen in Nord und Süd gleichermaßen verfasst wurde und mitgetragen wird. *Zukunftsfähig Wirtschaften* ist das Resultat eines zweijährigen Dialogs zwischen Mitgliedern des „Friends of the Earth International“-Netzwerkes auf allen Kontinenten, die unter sehr unterschiedlichen ökonomischen und politischen Umständen ähnliche politische Ziele verfolgen.

Der BUND veröffentlicht *Zukunftsfähig Wirtschaften*, um diese internationale Globalisierungsdiskussion auch in Deutschland bekannt zu machen. Zugleich beziehen wir Position in der hierzulande noch in den Kinderschuhen steckenden Globalisierungsdebatte. Wenn im September 2002 die Regierungen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, Südafrika zusammen kommen, werden sie Bilanz ziehen: Wie weit ist die Weltgemeinschaft seit dem Rio-Gipfel von 1992 damit gekommen, eine zukunftsfähige Entwicklung umzusetzen? Die Antwort kann nicht positiv ausfallen. Seit 1992 hat sich die ökologische Krise weiter verschärft, die Kluft zwischen arm und reich ist dramatisch gewachsen. Dieses Positionspapier legt dar, dass die wirtschaftlich dominierte, neoliberale Globalisierung die Politik der letzten zehn Jahre bestimmt hat und der Grund für diese Fehlentwicklung ist. Diese Art von Globalisierung verhindert die Verwirklichung von Zukunftsfähigkeit. Die große Herausforderung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung wird

es deshalb sein, die Gründe des Scheiterns der letzten Jahre zu analysieren und einen anderen Weg einzuschlagen, insbesondere in der internationalen Handelspolitik. In Johannesburg müssen die Regierungen die Entgrenzung der Wirtschaft beenden und klare soziale und ökologische Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft definieren.

Der BUND hofft, dass dieses Positionspapier in der Vorbereitung auf den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung zu einem konstruktiven, öffentlichen Austausch über die Zukunft der Wirtschaftspolitik und des Welthandels beitragen kann. Natürlich bleibt auch in diesem Papier noch vieles vage. Natürlich bietet auch dieses Papier keine Antwort auf *alle* Probleme der Globalisierung, wie wir sie heute erleben. *Zukunftsfähig Wirtschaften* belegt aber immerhin, dass es Alternativen gibt und dass gerade die sogenannte „Anti-Globalisierungsbewegung“ aktiv an diesen Alternativen arbeitet. „Eine andere Welt ist möglich...“ betont das vom BUND unterstützte Netzwerk *attac*. Möge dieses Positionspapier einige Bausteine für diese andere Welt liefern.

Daniel Mittler

Referent für internationale Umweltpolitik

Berlin, im Oktober 2001

Einleitung

Die wirtschaftlich dominierte Globalisierung der Wirtschaft geht an den Menschen vorbei und erfüllt nicht ihre Bedürfnisse. Die gesellschaftliche Kluft zwischen arm und reich wird immer größer. Viele Millionen Menschen sind trotz angeblichen „Wirtschaftswachstums“ nicht in der Lage, einen Minimalstandard an sozialer Sicherheit und Wohlstand für sich zu beanspruchen. Um die globale Wirtschaft mit den notwendigen Ressourcen zu versorgen, werden Wälder gerodet, Mineralien und Metalle ausgebeutet, und fossile Brennstoffe in völlig unverantwortlichen Mengen gefördert. Wirtschaftliche und damit auch politische Macht konzentriert sich in immer weniger Händen. Die Demokratie wird dadurch untergraben. Artenvielfalt aber auch die menschliche kulturelle Vielfalt nehmen ab. Hart erkämpfte Sozial- und Umweltstandards sind bedroht.

Wenn wir diesen Kurs fortsetzen, sieht es schwarz aus für unsere Zukunft und die Lebensperspektive der meisten heute lebenden Menschen. Die Menschheit steht vor der Herausforderung, bis Mitte dieses Jahrhunderts angemessene Lebensbedingungen für eine (geschätzte) Weltbevölkerung von 10 Milliarden Menschen zu schaffen und gleichzeitig den Umweltverbrauch auf ein zukunftsfähiges Niveau zurückzufahren. Die wirtschaftlich dominierte Globalisierung, wie wir sie heute erleben, erschwert diese Aufgabe. Und doch wird immer wieder gebetsmühlenartig behauptet, dass es zu ihr und zu neoliberalen Wirtschaftsmodellen keine Alternative gibt.

Der BUND, gemeinsam mit seinem internationalen Netzwerk „Friends of the Earth International“ sieht das anders. Wir sind überzeugt, dass eine demokratischere, gerechtere und zukunftsfähige Entwicklung möglich und nötig ist. Dieses Positionspapier zeigt Wege auf, wie man eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft erreichen kann. Es fordert neue wirtschaftspolitische Ziele ein, wie z.B.:

- Die gerechte Verteilung und nachhaltige Nutzung der begrenzt vorhandenen Rohstoffe, sowie das Bekenntnis zu wirtschaftlicher Vielfalt
- Neue, auf dem Prinzip der Subsidiarität basierende, demokratische Entscheidungswege, auch in der Wirtschaft
- Starke lokale und regionale Wirtschaftsstrukturen, die eine weitgehend lokale Kontrolle der Ressourcen sicherstellen
- Investitionen in faktisch produktive Wirtschaftsbereiche
- Effektive Regeln für die internationale Wirtschaft, inklusive eines internationalen Haftungs- und Kartellrechts sowie einer globalen Konvention zur „corporate accountability“ (Unternehmens-Verantwortung)
- Starke multilaterale „Governance“ auch in nicht-ökonomischen Bereichen, etwa der Nachhaltigkeit und der internationalen Gerechtigkeit

Das Tabu brechen – Schwächen und Fehler neoliberaler Wirtschaftstheorien erkennen

Warum Globalisierung ein Problem ist

Wir leben in einer Welt, die sich ständig und rapide verändert. Das Phänomen der Globalisierung, befördert durch neue Kommunikationstechnologien verändert Lebenswege und Lebensgefühl. Sie verändern das Arbeits- und Privatleben jedes einzelnen, aber auch den Umgang der Menschen miteinander. Globalisierung ist facettenreich – ökonomisch, politisch, sozial, kulturell, technologisch. Dieses Positionspapier beschäftigt sich nur mit einer dieser Facetten: Der wirtschaftlich dominierten, neoliberalen Globalisierung, die überall auf der Welt weitreichende Auswirkungen für Mensch und Umwelt hat.

Neoliberale, wirtschaftliche Globalisierung fördert systematisch das individuelle Profitstreben, ohne sich um die sozialen oder ökologischen Folgen zu kümmern. Diese Art von Globalisierung verstärkt den Gegensatz zwischen arm und reich sowohl national wie international. Sie führt zu einer Konzentration von Macht und bündelt die Kontrolle über unsere natürlichen Ressourcen in den Händen einer kleinen Minderheit. Dadurch wird die Demokratie geschwächt. Die Folge ist mehr und mehr wirtschaftliche, politische und soziale Ausgrenzung sowie wirtschaftliche Instabilität. Eine rapide Ausbeutung von Naturressourcen geht einher mit dem Rückgang von Artenvielfalt und kultureller Vielfalt. Die Entwicklung starker lokaler Wirtschaftskreisläufe wird genauso verhindert wie der Abschluss ambitionierter und durchsetzbarer internationaler Abkommen zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern.

Der „globale Norden“ (die Privilegierten dieser Welt, hauptsächlich in den Industrieländern) nutzt die Ressourcen des „globalen Südens“ (der Armen, hauptsächlich in den sogenannten Entwicklungsländern) seit Jahrzehnten zu Dumpingpreisen und hat dadurch riesige „ökologische Schulden“ angehäuft. Und trotzdem sind es gerade die an Rohstoffen reichen Länder des Südens, die sich Exportzwängen unterworfen sehen, um die einzig international anerkannten Schulden zurückzuzah-

len: Die Schulden gegenüber den Finanzinstitutionen des Nordens. Paradoxiertweise führt gerade diese Exportorientierung aller Entwicklungsländer zu einem Überangebot an Gütern auf den globalen Märkten und damit zu fallenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt. Diese Negativspirale der ständig sinkenden Rohstoffpreise macht es den Ländern des Südens immer schwerer, ihre Schulden abzuführen.

Es wird klar, dass das neoliberale Wirtschaftssystem durch die beschriebenen Auswirkungen, genau die Entwicklung behindert, die den Aufbau von zukunftsfähigen Gesellschaftsordnungen möglich machen würde. Eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft muss per se auf Gerechtigkeit, Demokratie und zukunftsfähige Produktions- und Konsummuster setzen. Dies setzt die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen und lokaler Identitäten genauso voraus wie eine stärkere Kooperation auf internationaler Ebene.

Da zukunftsfähige Gesellschaften die einzige langfristige Chance auf das Überleben der Menschheit sind, muss der Neoliberalismus weichen. Die Zeit ist reif, um Alternativen zu entwickeln und die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu skizzieren. Dies ist die Aufgabe dieses Positionspapiers.

Warum der Neoliberalismus überholt ist

Die neoliberale Wirtschaftstheorie hat mehrere grundlegende Fehler. Der wahrscheinlich Wichtigste ist die sogenannte „Win-Win-Theorie“ des Wettbewerbsvorteils („comparative advantage“).

Diese Theorie besagt, dass alle Staaten den größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzen erzielen, wenn sie in die Wirtschaftssektoren investieren, in denen am effizientesten Produkte und Dienstleistungen hergestellt werden können und diese dann untereinander handeln. Diese Theorie wurde entwickelt, als das Finanzkapital noch in Nationalökonomien verankert war. Heute kann dies weltweit mit rasanter Geschwindigkeit verschoben werden. Die Grenzen für das Kapital sind offen, finanzielle Transaktionen per Computer leicht vorzunehmen. Aufgrund dessen wird es für Länder, die für das Finanzkapital nur unzureichend attraktiv sind (etwa weil sie keine stabile Wirtschaft, keine niedrigen Lohnkosten oder keine gute Infrastruktur vorweisen können) immer schwieriger, Kapital im Land zu halten oder ausländisches Kapital an sich zu ziehen. Damit führt das System zunehmend zur Privilegierung weniger Staaten, die einen *absoluten* Standortvorteil haben und ist keinesfalls vorteilhaft für alle. Die Annahme, dass jedes Land in zumindest einem Gebiet einen relativen Wettbewerbsvorteil hat, ist in einer Welt der liberalisierten Finanzmärkte nicht mehr haltbar.

Zudem kommen die Profite in zunehmendem Maße Unternehmen und ihren Eigentümern zu Gute, anstatt den Staaten, in denen investiert wird, und deren Bürgern. Auf der einen Seite können (in- wie ausländische) Investoren Regierungen gegeneinander ausspielen und dadurch Steuervergünstigungen, Subventionen und niedrigere Umwelt- oder Sozialstandards aushandeln. Multinationale Unternehmen potenzieren ihre Einnahmen, indem sie Profite in Ländern mit niedrigem Steuerniveau anmelden. Auf der anderen Seite ist es Regierungen zunehmend verwehrt, durch nationale oder regionale Kriterien sicherzustellen, dass Investitionen auch wirklich den

Bürgern zu Gute kommen. Und das, obwohl inzwischen bewiesen ist, dass der durch Investitionsprojekte geschaffene Wohlstand keinesfalls unbedingt an die lokale Bevölkerung weitergegeben wird (wie es der sogenannte „trickle down effect“ behauptet).

Darüber hinaus ist das neoliberale Wirtschaftsmodell auch nicht zukunftsfähig. Diejenigen, die einst den freien Welthandel zur Lösung der globalen wirtschaftlichen Probleme propagierten, ahnten wahrscheinlich nicht, dass ein gesteigerter Bedarf nach endlichen Rohstoffen die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts an ökologische Grenzen bringen würde. Deswegen basiert unser heutiges Wirtschaftsmodell auf einem ständig wachsenden, nicht nachhaltigen Ressourcenverbrauch. Es gibt keine „unsichtbare Hand“, die den Markt in Richtung Zukunftsfähigkeit leitet. Ressourcen müssen verantwortlich verwaltet werden; nachhaltige Gesellschaften benötigen klare Rahmenbedingungen. Deshalb bedeutet der Neoliberalismus heute für viele Millionen eine „Win-Lose“, keine „Win-Win“-Situation. Trotzdem werden diese Fehler und Schwächen des Neoliberalismus ignoriert. Dies könnte unter anderem daran liegen, dass diejenigen Staaten, die heute einen absoluten Wettbewerbsvorteil haben, ihre Volkswirtschaften durch die Ausbeutung der Ressourcen anderer Länder und Staaten aufgebaut haben. Es sind genau die, die eine ökologische Schuld abzubezahlen haben, die den Mythos der neoliberalen Globalisierung und ihrer Unabwendbarkeit nähren.

Neoliberalismus hat reale negative Folgen

Neoliberale Globalisierung hat grundsätzliche Fehler in Theorie und Praxis. Die Umsetzung neoliberaler Wirtschaftskonzepte hat bereits weltweit fatale Auswirkungen auf das tägliche Leben von Millionen von Menschen und auf ihre Umwelt gehabt. Das gilt für Bauern, die nicht mehr mit den Lebensmittelpreisen aus Billig-Ländern konkurrieren können gleichermaßen wie für Menschen aus dem Süden, die ihre Siedlungen verlassen müssen, um Großminen Raum zu machen,

die für den Export ausgebeutet werden. Auch im Norden sind Menschen in der Folge mit einer immer unsicheren Beschäftigungslage konfrontiert und ihre hart erkämpften Umwelt- und Sozialstandards werden im Namen des globalen Wettbewerbs abgebaut¹. Deshalb machten sich 1999 so viele Menschen aus allen Teilen der Welt nach Seattle auf, um dort gegen die Welthandelsorganisation (WTO) auf die Straße zu gehen.

Um endlich den spaltenden Prozess aufzuhalten, bei dem einige wenige gewinnen und viele verlieren, ist es nötig, das Versagen des Neoliberalismus zuzugeben und anzuerkennen, dass dieser zu exzessivem Ressourcenverbrauch, wachsenden Ungleichheiten zwischen Völkern und Individuen sowie sinkenden Lebensstandards für viele Menschen geführt hat. Ein grundsätzlich anderer Ansatz ist nötig.

... aber ihn in Frage stellen ist immer noch Tabu

Trotz dieser mannigfaltigen theoretischen und praktischen Probleme ist es nach wie vor ein Tabu, das neoliberale Wirtschaftsmodell grundlegend in Frage zu stellen. Der neoliberale Grundansatz ist ein goldenes Kalb für Wissenschaft wie Politik. Diejenigen, die aus diesem Denkmuster ausbrechen, werden abgestraft. Ihre Glaubwürdigkeit wird in Frage gestellt oder sie verlieren sogar ihre Anstellung (wie es zum Beispiel durch die personelle Umstrukturierung bei der Weltbank im Jahr 2000 illustriert wurde). Jede Kritik gefährdet die Gewinner der Globalisierung, die Personen und Unternehmen, deren Reichtum und Macht es ihnen ermöglicht, aus dem internationalem Handel Nutzen zu ziehen. Aber solange dieses Tabu fortbesteht kann, wird sich nichts Grundlegendes ändern.

Wir brauchen einen neuen Ansatz für die Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik und -theorie müssen endlich den Wechsel ins 21. Jahrhundert vollziehen – sie müssen flexibler, gerechter und zukunftsfähig werden und sich nicht nur um Geld, Profit und Wachstum drehen. Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik muss die Diversifizierung von Wirtschaftssystemen erlauben und fördern und sie muss sich an Umwelt- und Sozialbelangen ausrichten. Wirtschaftliche Entscheidungen müssen transparenter und demokratischer werden: Menschen müssen umfassend informiert werden und über die Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschaftsformen mitentscheiden können.

Die Regierungen müssen sich konkret auf internationale Ziele für Zukunftsfähigkeit einigen, und zwar in Form von Sozial-, Wirtschafts- und Umweltprinzipien. Es ist nicht mehr zeitgemäß, ein Wirtschaftsmodell auf alle anwenden zu wollen. Vielmehr müssen die Vorteile ökonomischer Vielfalt anerkannt werden. Das Subsidiaritätsprinzip muss auch in der Wirtschaftspolitik umgesetzt werden, um sicher zu stellen, dass Entscheidungen auf der bürgernächsten Ebene mit umfassender Bevölkerungsbeteiligung gefällt werden (s.u.).

Damit ist nicht gesagt, dass der internationale Handel und internationale Investitionen überhaupt keinen Platz im Wirtschaftsmodell der Zukunft haben. Beide können Teil einer zukunftsfähigen Wirtschaft sein, aber dies ist abhängig von ihren Auswirkungen auf das Niveau und die Ausgestaltung von Konsum und Produktion, der Internalisierung externer Kosten sowie der Art und Weise, auf die ihre Wertschöpfungen und Profite verteilt werden. Die Ideologie des Freihandels ist in keiner Weise gleichzusetzen mit der Freiheit zu handeln.

¹ Details über die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung finden sich in den FoEI-Publikationen „The World Trade System: how it works, and what's wrong with it“ und „The World Trade System: winners and losers, a resource book“, beide verfügbar unter http://www.foe.co.uk/campaigns/sustainable_development/publications/trade

Kursänderung – neue ökonomische Ziele definieren

Zukunftsfähige Gesellschaften

brauchen starke Wirtschaftssysteme

Ein gesundes Maß an wirtschaftlicher Aktivität ist offensichtlich Kernbestandteil jeder zukunftsfähigen Gesellschaft. Entscheidend ist aber der Charakter dieser wirtschaftlichen Aktivität. Eine optimale Wirtschaft sollte menschliche Bedürfnisse befriedigen, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen aber gleichzeitig auf ein zukunftsfähiges Maß zurückschrauben. Der Zugang („access“) zu diesen Ressourcen muss gerecht verteilt werden – innerhalb und zwischen Ländern und Regionen.

Wichtig ist, dass Wirtschaftswachstum nicht immer notwendig ist, um diese Ziele zu erreichen – im Gegenteil, das unhinterfragte Verfolgen von Wachstumsstrategien wirkt ihnen oft entgegen. Wirtschaftswachstum kann dann nützlich sein, wenn es das gewünschte Resultat einer nachhaltigen Wirtschaft fördert. Das Hauptaugenmerk der Politik muss aber darauf liegen, die *Qualität* wirtschaftlicher Produktion, nicht ihre Quantität zu verbessern. Dies ist insbesondere in den Industrieländern der Fall, wo der Ressourcenverbrauch momentan unverantwortlich hoch ist.

Wirtschaftliche Vielfalt

Das neoliberale Wirtschaftsmodell führt zu einer starken Abhängigkeit von der Weltwirtschaft und zu einer Schwächung lokaler Unabhängigkeit. Raum für Vielfalt bleibt kaum, wenn Politiker und einflussreiche Wirtschaftsinstitutionen ein einheitliches Wirtschaftsmodell fördern. Dieser Mangel an Flexibilität hat sich als Bremsblock für viele ärmere Staaten erwiesen, die nationale Industrien schützen, lokale Beschäftigung fördern, kulturelle Vielfalt erhalten oder den Export von Ressourcen begrenzen wollten. Zudem unterstützt dieser Ansatz eine ungesunde Abhängigkeit vom Weltmarkt, wie die Finanzkrise in Asien 1997 deutlich

gezeigt hat. Die Vorteile von wirtschaftlicher Vielfalt werden momentan schlicht ignoriert.

Vielfalt ist integraler Bestandteil von Zukunftsfähigkeit. Dies gilt für den wirtschaftlichen ebenso wie für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche. Wirtschaftliche Vielfalt bedeutet eine Vielfalt an wirtschaftlichen Strategien, eine Vielfalt an wirtschaftlichen Sektoren und Aktivitäten (keine Abhängigkeit von wenigen Export- oder Primärgütern) sowie Vielfalt an wirtschaftlichen Akteuren (keine Monopolbildung). Länder und regionale Gemeinschaften sollten die Freiheit haben, die ökonomischen Instrumente auszuwählen, die sie für ihre regionale und nationale Umwelt-, Wirtschafts- und Gesellschaftssituation am besten geeignet halten. Solche Entscheidungen müssen getragen werden von dem Willen, wirtschaftliche Prozesse zu optimieren und gleichzeitig ein gewisses Maß an lokaler Unabhängigkeit sicherzustellen. Nur so können starke und vielschichtige Wirtschaftssysteme entstehen, die externen Schocks gewachsen sind.

Mit anderen Worten: Staaten sollten das Recht haben, innerhalb eines internationalen Rahmens (etwa zum Schutz von Umwelt, Menschenrechten und internationaler Gerechtigkeit) und auf der Grundlage von Demokratie und Partizipation ihre Wirtschaft unabhängig zu regulieren und zu steuern. Dies heißt auch, dass staatliche Planungsökonomien, wie sie im ehemaligen Ostblock zu finden waren, ausgeschlossen sind.

Wirtschaftliche Subsidiarität

Wirtschaftspolitik betrifft jeden. Sogar internationale Abkommen können weitreichende „Nebenfolgen“ nach sich ziehen. Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) können direkten Einfluss haben: Auf Produktions- und Konsummuster, nationale wirtschaftliche Stabilität, Währungskurse, regionalen und innerstaatlichen Handel, die Fähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu überleben, Beschäftigung und Arbeitsplatzangebot, Ausgaben im Gesundheitswesen, Bildung und Umwelt – alles Faktoren, die ihrerseits die Lebenschancen von Individuen direkt beeinflussen.

Die Wirtschaftswelt muss geöffnet werden. Menschen müssen direkt an wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligt werden. Dies kann zum einen dadurch erreicht werden, dass das Subsidiaritätsprinzip strikt angewendet wird. Mehrschichtige Entscheidungsprozesse sind zudem förderlich für eine gegenseitige Kontrolle der Entscheidungsgremien („checks and balances“). Dies könnte die Wahrscheinlichkeit eines Machtmissbrauchs von vornherein eindämmen.

Aber was könnte Subsidiarität in der wirtschaftlichen Praxis bedeuten? Ein Hauptziel wäre, es Menschen zu ermöglichen, über ihre eigenen Bedürfnisse und Wünsche zu entscheiden. Damit könnten sie auch das Ausmaß an internationalem, regionalem oder nationalem Handel, zur Befriedigung dieser Bedürfnisse festlegen. Lokale Gesellschaften könnten damit bestimmen, inwiefern sie unabhängig von der Weltwirtschaft existieren wollen, und lokal ihre eigenen Arbeitsplätze und ihren Wohlstand schaffen. Die Möglichkeit, Handel zu treiben, stünde aber gleichzeitig weiter allen offen. Eine solche Entscheidungsfindung wäre selbstverständlich nur im Rahmen transparenter und partizipatorischer Gefüge vorstellbar, auf nationaler wie

auf internationaler Ebene. Ein weiteres Ziel wäre die Rückverlagerung wichtiger wirtschaftlicher Entscheidungen (wie z.B. einer Marktöffnung oder der nationalen Haushaltsplanung für Umwelt, Bildung und Soziales) auf demokratisch gewählte Regierungen.

Gleichzeitig darf die Notwendigkeit effektiverer internationaler Entscheidungsprozesse nicht aus den Augen verloren werden. Dort müssen zu den Themen, die für eine zukunftsfähige Entwicklung unabdingbar sind, aber nicht auf rein nationaler Ebenen gelöst werden können, klare Regeln festgesetzt werden. Beispiele sind Armutsbekämpfung, grenzüberschreitende Umweltverschmutzung, zukunftsfähige Produktionsstandards, und internationale Gerechtigkeit.

Neue Ziele für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Wirtschaftliche Vielfalt und Subsidiarität brauchen einen Rahmen aus gemeinsamen Sozial- und Umweltzielen und entsprechenden Regeln. Viele dieser Regeln sind bereits von den Vereinten Nationen formuliert worden, jedoch werden sie in der Wirtschaft nicht angewandt oder ignoriert.

Allein das Bruttosozialprodukt anzukurbeln, ist als wirtschaftspolitisches Ziel heute unzureichend. Oberste Maxime eines glaubwürdigen und produktiven Wirtschaftssystems muss die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse durch eine zukunftsfähige Nutzung der begrenzten globalen Ressourcen sein. Armutsbekämpfung, soziale und kulturelle Zukunftsfähigkeit, Gerechtigkeit zwischen den Generationen und die Wahrung menschlicher Würde müssen zu Schlüsselkriterien werden. Produktions- und Konsumniveaus müssen kontrolliert, armen Ländern eine Sonderbehandlung zuteil werden, um einen Anstieg im Konsumniveau für die Armen zu ermöglichen.

Prinzipien statt Profite

Um die genannten Ziele zu erreichen, bedarf es effizienter nationaler und internationaler Wirtschaftspolitik. Sie müssen helfen, die – gemessen an international anerkannten Kriterien – beste volkswirtschaftliche Produktivität durchzusetzen. Solche Kriterien sind unter anderem:

- Demokratische Transparenz und Verantwortlichkeit von Regierungen, Unternehmen, und anderen Organisationen, unterstützt durch das Recht der Öffentlichkeit auf den Zugang zu Informationen und Gerichten
- Das Verursacherprinzip („polluter pays principle“), ergänzt durch effektive Haftungssysteme und die Sicherung von gerechtem Schadensausgleich
- Faire Kooperation, Eigenverantwortlichkeit und differenzierte Verantwortlichkeiten verschiedener Länder als Prinzipien diplomatischer Beziehungen und internationaler Verhandlungen
- Schutz der biologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt sowie die Achtung nicht-menschlicher Lebewesen ebenso wie von Menschen
- Beachtung der Menschenrechte – insbesondere des Rechts auf ein gesundes Leben in einer intakten Umwelt, des Rechts auf Frieden und Sicherheit, des Schutzes vor Diskriminierung aufgrund Geschlechts, Religion, ethnischer Zugehörigkeit oder Klasse. Diese Rechte müssen uneingeschränkt auch für indigene Völker gelten.
- Schutz von hohen Umwelt-, Sozial-, Sicherheits-, Gesundheits- und Arbeitsschutzstandards
- Gerechtigkeit innerhalb der Generationen. Diese bedeutet sowohl die Umverteilung der Kontrolle über Naturressourcen (etwa Land) als auch die Rückzahlung der ökologischen Schulden

- Subsidiarität in wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen – Verweisung von Entscheidungskompetenzen auf die niedrigste mögliche Stufe, und
- Das Vorsorgeprinzip („precautionary principle“), angewandt auf Technologien und politische Maßnahmen.

Das Vorsorgeprinzip

Das Vorsorgeprinzip wird von vielen Befürwortern der heutigen Wirtschaftspolitik und -praxis belächelt, ist aber Kernbestandteil jeder Strategie zur Zukunftsfähigkeit.

In einer Welt, in der Ressourcen begrenzt und Produktionsprozesse komplex sind, ist es ratsam, auch in der Wirtschaftspolitik Vorsicht walten zu lassen. Das Vorsorgeprinzip soll dazu dienen, zukünftige Generationen vor ungeahnten oder noch nicht vollständig nachweisbaren Umwelt- und Gesundheitsrisiken zu schützen. Es soll Menschen (gemeinsam oder im Rahmen partizipatorischer Prozesse) ermöglichen, auf der Basis korrekter und möglichst vollständiger Informationen und vor dem Hintergrund ihrer eigenen kulturellen und ethnischen Vorlieben Entscheidungen über ihre persönliche Risikobereitschaft im Hinblick auf Umwelt- und Gesundheitsgefahren zu treffen.

Konventionelle Risikoabschätzungsverfahren („risk assessment“) können das Vorsorgeprinzip nicht ersetzen, denn selbst wenn für eine konventionelle Prüfung ausreichend Informationen und Daten vorhanden sind, müssen immer noch – häufig höchst politische – Entscheidungen über Risiken gefällt werden. Auch dazu ist ein echter demokratischer Prozess unabdingbar.

Wohlstand sinnvoll messen

Wir können kein neues und effektiveres Wirtschaftsmodell entwickeln, wenn unsere Maßstäbe dieselben bleiben. Der momentan allein angewandte Maßstab des Bruttosozialproduktes reflektiert in keiner Weise unsere Lebensqualität, den sozialen Fortschritt, Armutsbekämpfung, menschliche Entwicklung oder die Umweltqualität. Wichtigen gesellschaftlichen Diensten, etwa der Kindererziehung, der Altenpflege oder der Haushaltsführung wird derzeit keinerlei wirtschaftlicher Wert beigemessen. Gleichzeitig wird wirtschaftlichen Transaktionen im Zusammenhang mit Straftaten, Krankheit oder Umweltverschmutzung ein positiver Wert zugewiesen – obwohl sie faktisch eine Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen bedeuten.

Um zukunftsfähige Gesellschaften zu entwickeln, in denen wir gerne leben, muss sich die Art und Weise, in der unser Wohlstand gemessen wird, drastisch verändern. Unsere Maßstäbe müssen differenzierter werden. Wenn wir bestimmen wollen, wann und auf welche Art und Weise Wirtschaftssysteme verbessert werden sollen, müssen wir auch in der Lage sein, wirtschaftliche Aktivitäten korrekt zu messen. Deswegen ist ein neuer Maßstab für Wohlstand (ein neues Wohlstandsmodell) unerlässlich.

Arbeit gerecht bewerten

Momentan schlägt sich nur die Erwerbsarbeit in unseren Wirtschaftsmodellen nieder. Der jeweilige Wert unserer Arbeitsleistung wird dabei vom Markt bestimmt. Dadurch wird die Arbeit eines Bankchefs höher bewertet als die eines Lehrers. Unbezahlte Arbeit wie Kindererziehung, Altenpflege und die landwirtschaftliche Produktion für den Eigenverbrauch – hauptsächlich getragen von Frauen – wird ignoriert. Dasselbe Schicksal wird

freiwilliger Arbeit in Schulen oder gemeinnützigen Organisationen zuteil.

Beiträge wie diese sind aber elementar für eine gut funktionierende Gesellschaft und verbessern im mindestens gleichen Maße als Erwerbsarbeit die Lebensqualität aller. In dieser „inoffiziellen“ Wirtschaft werden Kinder groß gezogen sowie viele andere Grundbedürfnisse gestillt. Das vorherrschende Wirtschaftssystem ignoriert diese Arbeit nicht nur, es verzerrt auch das Gleichgewicht vieler Gesellschaften, indem es sie in die Produktion von Exportgütern und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zwingt - anstatt einen Schwerpunkt auf Bildung, Gesundheit und die sozialen Sicherungssystemen zu setzen.

Transportkosten müssen die ökologische Wahrheit sagen. Verkehr (Güter-Ferntransport auf Schiff, Straße und in der Luft) wird momentan sowohl direkt als auch indirekt subventioniert - hauptsächlich, indem die externen Kosten des Treibstoffverbrauchs unberücksichtigt bleiben. Dadurch werden stark verschmutzende und naturzerstörende Produktionsmuster lokalen Produktionsmethoden und lokalem Handel vorgezogen. Die Einbeziehung der wahren gesellschaftlichen und ökologischen Kosten des Verkehrs in den Preis von Produkten würde Handelsströme wieder verstärkt regionalisieren und dadurch die Umwelt, global wie lokal, schützen.

Für die Zukunft planen – Ressourcennutzung

Ressourcen sind begrenzt...

Viele unserer natürlichen Ressourcen, erneuerbare wie nicht erneuerbare, werden heute bereits stark überbeansprucht. Um nur wenige Beispiele zu nennen: 1,2 Milliarden Hektar landwirtschaftlicher Fläche sind in den letzten 45 Jahren so intensiv genutzt worden, dass die Bodenqualität für landwirtschaftliche Zwecke nicht mehr ausreicht und ein durchschnittlicher Bauer es sich nicht leisten kann, diese wiederherzustellen. 13 der 15 wichtigsten Hochsee-Fischereigeiete werden überfischt, 56 Millionen Hektar Wald sind weltweit zwischen 1990 und 1995 zerstört worden. Die übermäßige Nutzung fossiler Brennstoffe führt zu globalem Klimawandel. Die Allgegenwart von toxischen Chemikalien und Schwermetallen hat schwere Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Würden alle Menschen soviel konsumieren wie die Bevölkerung des Nordens, so bräuchten wir acht Planeten, um im Jahr 2050 noch unseren Ressourcen-Hunger stillen zu können.

Angesichts solcher Fakten wird deutlich, wie dringend die Ausbeutung von Ressourcen verringert werden muss. Das Wirtschaftswachstum, wie es bisher von den herrschenden Wirtschaftsmodellen vorgegeben wird, kollidiert mit diesem Ziel. Im Sinne der langfristigen Sicherung menschlicher Gesundheit und unserer Umwelt darf die Ressourcen-Nutzung ein nachhaltiges Niveau nicht übersteigen. Dazu müssen Konsum- und Produktionsmuster tiefgreifend verändert werden – was wiederum effektive und ambitionierte internationale Übereinkommen benötigt.

... „Unterkonsum“ ist ebenfalls ein Problem

Der oben dargestellte „Überkonsum“, der hauptsächlich im Norden auftritt, ist aber nur eine Seite der Medaille. Ein Konsumniveau unterhalb menschlicher Bedürfnisse ist die Realität in vielen Ländern hauptsächlich des Südens. Die Regeln von Welthandelsorganisation, Weltbank und IWF fördern im Süden die ungebremste Ausbeutung von Ressourcen zu Exportzwecken sowie die Vermarktung von biologischen Ressourcen, durch die der exzessive Verbrauch im Norden am Leben erhalten wird. Umweltverschmutzung in allen Erdteilen ist die Folge. Regierungen müssen gemeinsam Lösungen entwickeln, die diese grundlegenden Fragen der Ausbeutung von und des Zugangs zu Ressourcen adäquat regeln.

Ressourcennutzung verringern,
Konflikte verhindern

Zu einem gewissen Teil ist der momentane Trend zur globalen Marktöffnung nichts anderes als eine neue Phase des uralten Kampfes um Naturressourcen. Es kann nicht unser Ziel sein, noch ein System zu erfinden, in dem die Regeln festgelegt werden, nach denen Länder um Ressourcen konkurrieren. Vielmehr sollten wir unsere Anstrengung darauf konzentrieren, den Ressourcenverbrauch zu verringern und den gerechten Zugang zu den endlichen Naturressourcen zu ermöglichen. Eine solche Strategie, die den Verbrauch insbesondere im Norden reduziert, ist viel eher als das neoliberale Wirtschaftsmodell dazu geeignet, weltweit Frieden und Sicherheit zu stiften.

und Ressourcenkonflikte verringern.

Ressourcennutzung verringern, Arbeitsplätze schaffen

Obwohl viele Unternehmen nach wie vor behaupten, dass schnelle Ressourcenausbeutung und andere umweltzerstörende Aktivitäten Arbeitsplätze schaffen, könnte nichts falscher sein als das. Wahr ist, dass diese Aktivitäten schnelle und hohe Profite bringen können. Wahr ist aber auch, dass reduzierter Materialeinsatz und Energieverbrauch (im Zuge einer Ressourcenschutz-Strategie) mit einem verstärkten Bedarf an Arbeitskräften einhergeht und damit Arbeitsplätze schafft und generell lebensqualitätsfördernd wirkt.

Eine zukunftsfähige Forstwirtschaft zum Beispiel schafft mehr – und langfristige – Arbeitsplätze als einfaches Abholzen („clear-cutting“). Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind arbeitskräfteintensiver als die Kohleförderung oder die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen – und gleichzeitig billiger für den Verbraucher. Für Recycling und Wiederverwendung sind gelernte Arbeitskräfte vonnöten, die auf Müllverbrennungsanlagen oder Mülldeponien nicht gebraucht werden.

Um den wahren Wert von einzelnen wirtschaftlichen Aktivitäten zu ermitteln, ist auch die Einbeziehung der Arbeitsleistung aus dem informellen Sektor, z.B. Kindererziehung oder Haushaltsführung, unabdingbar. Arbeitsplätze in einem neugeschaffenen Kohleabbaugebiet, das Kohle für den Export produziert, erscheinen nicht mehr so attraktiv, wenn die Zahl der vertriebenen Bauern einbezogen wird, die auf demselben Land vorher Lebensmittel für den Eigenverbrauch anbauten.

Ein Recht auf die Begrenzung des Ressourcenverbrauchs

Zukunftsfähige Konsum- und Produktionsmuster sind Kernbestandteile einer umweltfreundlichen und sozialverträglichen Gesellschaft. Lokale und regionale Gemeinschaften sollten das Recht haben, den Verbrauch und die Vermarktung ihrer Naturressourcen zu begrenzen um zunächst die lokalen Bedürfnisse zu befriedigen. Bei Überproduktion bleibt selbstverständlich die Option, zu handeln. Ein Recht auf die Begrenzung des Ressourcenverbrauchs würde helfen, weltweit einen gerechten Zugang zu Ressourcen durchzusetzen und den Überkonsum zu reduzieren. Derartiges Recht würde auch bedeuten, dass das exportorientierter Wirtschafts- und Entwicklungsmodell keiner Gemeinschaft mehr aufgezwungen werden könnte.

Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling

Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling sind absolut notwendig, um die Nutzung natürlicher Ressourcen im Norden zu verringern. Die konsequente Umsetzung dieser Materialnutzungshierarchie kann große Effizienzsteigerungen befördern. Deshalb sollten Regierungen alle sich ihnen bietenden Möglichkeiten nutzen, um regulative oder ökonomische Instrumente einzuführen, die Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling fördern. Auf nationaler wie auf internationaler Ebene kommen hier Rohstoffsteuern, Verwertungsquoten und Verpackungsverbote in Frage.

Ressourcen teilen –

Suffizienzstrategien und die Steuerung der Nachfrage

Recycling ist ein Weg zur Effizienzsteigerung beim Ressourcenverbrauch. Effizienzsteigerungen allein werden das Ziel einer zukunftsfähigen Ressourcennutzung aber nicht erreichen können, wenn man die Notwendigkeit der Konsumsteigerung der heute unterhalb der Armutsgrenze Lebenden beachtet. Nötig ist darüber hinaus eine wirksame Steuerung der Nachfrage. Zum Beispiel sollten Energieversorgungsunternehmen zu Energiedienstleistern werden. Sie sollten anstelle von Energie Energiespartechnologien, etwa Isolierungen, zur Verfügung stellen. Das Ziel muss es sein, die Lebensqualität zu verbessern und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch zu verringern. Strategien zur Umsetzung dieses Ziels nennt man Suffizienzstrategien². Regierungen haben die Aufgabe, Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen, damit sie bei der Umsetzung von Suffizienzstrategien Geld verdienen können.

Menschenrecht auf den Zugang zu Ressourcen und eine gesunde Umwelt

„Jeder Mensch hat Anspruch auf einen Lebensunterhalt, der die Gesundheit und das Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung [und] ärztlicher Betreuung für sich und seine Familie ... gewährleistet...“ (Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, 1948).

Und doch sinkt der Lebensstandard vieler Menschen in armen Ländern ohne dass ein finanzieller oder sozialer Ausgleich in Sicht wäre. Der Zugang zu den Ressourcen, die ihnen Wasser, Nahrung, Kleidung und Wohnung ermöglichen könnte, bleibt ihnen vielfach verwehrt. Dies hat besonders gravierende Auswirkungen auf Frauen, die in der familiären Rollenaufteilung oft für die Bereitstellung der Nahrung und anderer Grundbedarfsmitteln verantwortlich sind.

Der ausreichende Zugang zu Ressourcen und eine gesunde Umwelt würde in einer zukunftsfähigen Wirtschaft als ein Menschenrecht angesehen werden.

Die Umverteilung umdrehen

Die derzeitige Wirtschaftspolitik, wie sie vielen Ländern des Südens von Weltbank und IWF aufgezwungen wird, führt zu einer Umverteilung von den bereits Armen zu den Reichen. Sie verschärft damit Armut und Ungerechtigkeit.

Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich zunehmend. 1960 hatten die 20% der Weltbevölkerung, die in den reichsten Ländern der Welt leben, ein etwa 30mal höheres Einkommen als die ärmsten 20%. 1997 waren die privilegierten 20% schon 74mal reicher als die Armen (UNDP, Human Development Report 1999). Immer stärker werden ganze Volksgruppen aufgrund ihres Geschlechts

² Der BUND hat sich ausführlich in seiner Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ mit dem notwendigen Zusammenspiel von Effizienz- und Suffizienzstrategien beschäftigt. Siehe: BUND/MISEREOR, Zukunftsfähiges Deutschland, Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Birkhäuser, Basel, 1996

Armut und Ungerechtigkeit bekämpfen

oder anderer sozialer Unterscheidungsmerkmale marginalisiert. Zudem hat die Forderungen nach Rückzahlung der Schulden der „Dritten Welt“ zu einem umgekehrten „Robin-Hood“-Effekt geführt, durch den Wohlstand von armen Schuldnern auf reiche Gläubiger übertragen wird.

Umverteilung muss hier die Richtung ändern, wenn ein globales Gleichgewicht erreicht werden soll und Ressourcen fair zwischen Ländern, Regionen und Völkern geteilt werden sollen. Auf der Basis von internationalen Standards und Prinzipien sollten sich Regierungen verpflichten, alle politischen Maßnahmen dem Ziel der größeren internationalen Gerechtigkeit dienen zu lassen.

Ökologische Schulden und Schuldenerlass

Hohe Schuldenberge und Tilgungsverpflichtungen führen in Entwicklungsländern dazu, dass sich Regierungspolitik auf die Produktion von Exportgütern konzentriert. Exporte sind heute unabdingbar, um die notwendigen Devisen zur Bedienung von Schulden zu beschaffen. Die exportorientierten Entwicklungsprogramme der Bretton Woods-Institutionen haben diese kurzsichtige und schädigende Strategie unterstützt und damit einen Teufelskreis geschaffen, der sich zusammensetzt aus einem Überangebot von Gütern auf dem Weltmarkt, aus fallenden Preisen und – um trotzdem Devisen zu sichern – dem weiteren Anstieg der Exportmengen aus den Entwicklungsländern. Zudem werden Entwicklungsländer von Finanzinstitutionen oft zur Reduzierung der Staatsausgaben im Sozial- und Umweltbereich genötigt, was dazu führt, dass diese ihre eigenen Zukunftsfähigkeitsziele nicht mehr verfolgen können.

Reiche Importländer haben in der Folge einen billigen Zugang zu Naturressourcen. Und das, obwohl sie in Wirklichkeit ökologische Schulden

gegenüber den Exportländern angehäuft haben, die die Schulden der Entwicklungsländer (ca. US\$ 355 Billionen) weit übersteigen.

Der erste Schritt muss daher eine Schuldentilgung sein. Damit wird Entwicklungsländern die Möglichkeit gegeben, verstärkt in ihre zukunftsfähige Entwicklung zu investieren und zukunftsfähige Produktions- und Verbrauchsmuster zu schaffen. Ohne einen Schuldenerlass und die Ermöglichung einer nicht auf den Export ausgerichteten Entwicklung in den Entwicklungsländern ist eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs im Norden unvertretbar. Denn dies würde die auf Export angewiesenen Länder des Südens immer weiter in die Armut- und Schuldenspirale stürzen. Schuldenerlass darf aber auch keinesfalls an eine exportorientierte Politik gekoppelt werden, wie es bei den heutigen „Entschuldungsprogrammen“ häufig praktiziert wird.

Prioritäten ändern – in die „wahre Wirtschaft“ investieren

Wirtschaftliche Stabilität fördern

Die Finanzkrisen der letzten Jahre zeigen deutlich, dass eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung nicht in einem Klima von „boom and bust“ oder ohne hinreichende wirtschaftliche Stabilität umsetzbar ist. Neoliberale Globalisierung bereitete den Boden für kurzfristiges und spekulatives Investment und damit für Krisen, die letztendlich die globale Armut verbreitern und dazu führen, dass öffentliche Bildungs-, Umwelt- und Sozialprogramme gekürzt werden. Diese Trends haben sich in der Vergangenheit insbesondere in asiatischen Ländern offenbart. Politiken, die allgemeine wirtschaftliche Stabilität fördern und zum Ziel haben (oder zumindest zukunftsfähiger Entwicklung nicht entgegen wirken) müssen Kernbestandteil jeder zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik werden.

Investitionen regulieren

Um den Aufbau produktiver und zukunftsfähiger Branchen unterstützen zu können, müssen Regierungen die Kompetenz haben, Investitionsflüsse zu kontrollieren und zu regulieren – sowohl national wie auch international. Die Überprüfung von ausländischen Investoren, die Festsetzung von lokal entwickelten Betriebskriterien, die Bevorzugung lokaler und nationaler Unternehmen und die Regulierung von in- und ausländischen Investoren muss im Rahmen einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik die Regel werden. Internationale Abkommen müssen sich auf die Umsetzung neuer wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Ziele konzentrieren (s.o.) und auf die wirksame Steuerung und Regulierung von Unternehmen. In unseren Augen ist die Welthandelsorganisation nicht das richtige Forum, um diese Regeln auszuarbeiten.

Die realen Wirtschaftszweige bevorzugen

Die Geldwirtschaft und die produktive Wirtschaft müssen differenziert werden. Die erste ist momentan sehr viel profitabler und verringert deshalb Investitionen in die zweitgenannte. Regierungen sollten aber bei allen Entscheidungen die produktive, „reale“ Wirtschaft bevorzugen. Zusätzlich müssen internationale und nationale Anreize und Regeln entwickelt werden, die Investitionen in die reale Wirtschaft attraktiver und Investitionen in die „virtuelle“ Finanzwirtschaft unattraktiver machen. „Hot money“ Investitionen, spekulativ und kurzfristig, sollten abgewertet und Auslands-Direktinvestitionen sowie nationale Investitionen in produktive Wirtschaftsjekte gefördert werden. Sowohl Auslands-Direktinvestitionen als auch inländische Investitionsprojekte müssen international verbindlichen Sozial- und Umweltstandards unterworfen werden, die auch die Weltbank und die Export-Kreditagenturen (in Deutschland Hermes) anwenden müssen. Und schließlich sollte eine internationale „Tobin-Steuer“ (ein Aufschlag auf internationale Währungs-transaktionen) eingeführt werden, um Spekulationsgeschäfte zu verringern und finanzielle Ressourcen zu generieren, die gezielt zur Förderung einer zukunftsfähigen Entwicklung eingesetzt werden können.

Lokale Wirtschaftszusammenhänge stärken

Den Stellenwert des internationalen Handels abwerten

Es ist eindeutig, dass der Stellenwert der internationalen Handelstätigkeit zugunsten von lokalem und regionalem Handel verringert werden muss und dass eine größere Unabhängigkeit der Regionen vom Welthandel wünschenswert ist.

Ein gewisser Umfang von internationalem Handel ist unvermeidlich und wahrscheinlich sogar wünschenswert. Aber starke, lokale Wirtschaftssysteme sind der Schlüssel, um die (Grund-) Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Die heutige Freihandelspolitik schwächt diese Systeme. Lokale und regionale Handelsströme werden durch den internationalen Handel verdrängt. Lokale, kleine und mittlere Unternehmen sehen sich mit einer immer stärker werdenden internationalen Konkurrenz konfrontiert. Bei dem daraus resultierenden Verdrängungswettbewerb können multinationale Konzernen riesige „economies of scale“ in die Waagschale werfen und so kleinen, lokalen Unternehmen Marktanteile abnehmen. Lokale Gemeinschaften, die heute noch zukunftsfähig leben, sind durch die weltweite Ausbreitung von Handel und Wirtschaft gefährdet.

Lokale Zusammenhänge und Wirtschaftssysteme stärken

Alle Völker und Gemeinschaften müssen das Recht haben, über demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen ihre nationalen und regionalen Wirtschaftssysteme zu schützen, zukunftsfähige und nicht-industrielle Produktion zu fördern und die Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen auszuüben. Wie schon erwähnt, sollten lokale Gemeinschaften die Möglichkeit haben, über den Grad ihrer Unabhängigkeit selbst zu entscheiden. Sie sollten die Möglichkeit haben, lokal ihren eigenen Wohlstand zu schaffen, aber gleichzeitig eine Option zum Handel besitzen. Gemeinden, lokale und regionale Körperschaften, indigene Völker, Bauern und Frauen sollten überdies gerechten Zugang zu Ackerland, Wasser, Saatgut und anderen Produktionsmitteln erhalten sowie die Entscheidungskompetenzen über Art und Umfang des Ressourcen-Gebrauchs. Um dieses Ziel zu erreichen, muss zunächst das Recht dieser Gemeinschaften anerkannt werden, Entscheidungen über ihre lokal vorkommenden Ressourcen zu treffen – auch wenn ihnen offiziell noch keine Rechtspositionen zuerkannt wurden. Damit ist jedoch nicht gesagt, dass alle Entscheidungen auf lokaler Ebene gefällt werden müssen. Vielmehr muss die Natur der Sache, über die entschieden werden soll, Aufschluss geben über die richtige Entscheidungsebene: Lokal, regional, national oder international. Die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Zusammenspiel mit demokratischer Entscheidungsfindung auf den unterschiedlichen Ebenen wird den lokalen Einfluss auf Wirtschaftsentscheidungen stärken und die notwendige Kontrolle gewährleisten, um Rechts- oder Machtmissbrauch auf allen politischen Ebenen einzudämmen.

Nationalen und lokalen Umwelt- und Gesundheitsschutzgesetzen Vorrang gewähren

Nationale, regionale oder internationale Handelsregelungen sollten in keinem Fall Umweltschutz- oder Gesundheitsschutz-Gesetze aushebeln können. Staaten müssen insbesondere die Möglichkeit behalten, ihre Bauern und ländlichen Gemeinschaften zu schützen, Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten und eine angemessene Kennzeichnung („labelling“) von Importgütern zu sichern. Umwelt- und Gesundheitsgesetze müssen generell Vorrang genießen, ob sie nun den Handel behindern oder nicht. Streitschlichtungs-Organen auf allen Ebenen müssen diesen Vorrang durchsetzen. In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass nationale Regelungen für den Umwelt- und Verbraucherschutz potentiell negative Auswirkungen auf andere Länder und ausländische Wirtschaftszweige haben können. Regierungen müssen daher einer allgemeinen Sorgfaltspflicht genügen und die Auswirkungen aller Maßnahmen genau prüfen.

Den Einfluß von Unternehmen kontrollieren

Die Aushöhlung der Demokratie

In den letzten Jahrzehnten wurden den Unternehmen große Freiheiten zugestanden, weil man davon ausging, dass sie Wohlstand und Wachstum effektiver erreichen können, wenn sie sich selbst überlassen würden. Auf Grundlage dieser Annahme wurde der weltweite Abbau von Umwelt-, Sozial-, Sicherheits-, und Gesundheitsstandards akzeptiert. Insbesondere multinationale Konzerne wurden in die Lage versetzt, Druck auf Regierungen (insbesondere auf schwache oder korrupte Regimes) auszuüben.

Wirtschaftsakteure können heute einen immensen Einfluss auf Gesetzgebungsaktivitäten und internationale Verhandlungen ausüben. Offizielle Gipfeltreffen zwischen Staatsoberhäuptern und Vorstandsvorsitzenden sind inzwischen die Regel. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat einen sogenannten „Global Compact“ zwischen der Wirtschaft und den Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Diese Einflussnahme („corporate power“) geht zu weit und wird häufig missbraucht. Die Demokratie wird durch die übermäßige Einflussnahme von Konzernen unterwandert. Deshalb muss diese Entwicklung gestoppt werden.

Die Rolle von Wirtschaftsunternehmen neu definieren

Würden die Forderungen dieses Positionspapiers umgesetzt, würde dies auch die Rolle und Funktion der Unternehmen verändern. Sie wären gehalten und durch nationale und internationale Regeln und Gesetze auch gezwungen, zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele beizutragen. Sie hätten die Pflicht, bei gleichzeitiger Optimierung wirtschaftlicher Prozesse hohe Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten - und zur Minimierung von Umweltverschmutzung, Ressourcennutzung sowie zur Gleichstellung von Mann und

Frau beizutragen. Sie wären den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber rechtlich und moralisch verantwortlich. Eine grundlegende Änderung wirtschaftlicher Maßstäbe würde Regierungen motivieren, die Erfüllung dieser Pflichten durchzusetzen.

Unternehmensverantwortung

Sowohl heimische als auch ausländische Unternehmen, die in anderen Ländern den Betrieb aufnehmen wollen, sollten sich nach den folgenden Prinzipien richten müssen:

- Vorhergehende Zustimmung der Menschen in der Region, die von einem Projekt betroffen sind
- Durchführung von Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Privat- und strafrechtliche Haftung für die Vermeidung von Umweltverschmutzung, Umweltschäden und notwendige „clean-up“ Kosten
- Lizenzzahlungen an die Gemeinden oder Regionen in denen Unternehmen natürliche Ressourcen nutzen
- Gemeinschaftsrechte, die vor sozialer, kultureller und ökonomischer Vertreibung und Verwerfung durch ein Investitionsprojekt schützen
- Achtung der Menschenrechte sowie hoher Umwelt- und Sozialstandards einschließlich des Arbeitnehmerschutzes.

Unternehmenstätigkeiten regulieren

Um die neue Rolle der Wirtschaftsunternehmen zu etablieren und zu sichern, müssen Unternehmen und insbesondere multinationale Konzerne gegenüber demokratisch gewählten Regierungen und lokalen Gemeinschaften rechenschaftspflichtig werden. Dazu müssen Unternehmenszusammenschlüsse und Monopole begrenzt und aufgebrochen werden. Es müssen klare Regeln geschaffen werden, die die Transparenz des Handelns von

Unternehmen sichern und die Beachtung hoher Umweltstandards sowie der Menschenrechte durch die Unternehmen gewährleisten. Solche Regeln sollten im Rahmen der Vereinten Nationen verhandelt und dann auf nationalstaatlicher Ebene umgesetzt werden.

Produktverantwortung

Unternehmen müssen die volle Verantwortung für ihre Produkte übernehmen. Die Beweislast, dass ein Produkt oder einer Technologie weder Umwelt noch Gesundheit schaden, muss beim Produzenten verbleiben. Produzenten haften für ihre Produkte (Haftungspflicht).

Internationaler Wettbewerb und Kartellrecht

Unter den richtigen Rahmenbedingungen kann Wettbewerb sinnvoll sein, um den effizienten Umgang mit Ressourcen zu fördern und so zur zukunftsfähigen Entwicklung beizutragen. Die derzeitige, neoliberal motivierte Konzentration auf Wettbewerb um jeden Preis hat jedoch negative Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft.

Unternehmen, die sich starker Konkurrenz ausgesetzt sehen, kaufen konkurrierende Unternehmen auf, um eben diese Konkurrenz zu verringern und Betriebskosten zu sparen. Aufgrund dessen haben Unternehmenszusammenschlüsse und -aufkäufe („mergers and acquisitions“) in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen und sich negativ auf Arbeitsplätze und kleine und mittlere Betriebe auswirkt. Macht konzentriert sich in immer weniger Händen. Gleichzeitig werden vom Staat Umwelt- und Sozialstandards gesenkt, um die Betriebskosten von Unternehmen weiter nach unten zu treiben.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit darf also nicht länger das Haupt-Ziel der Politiker sein – es muss gegen die oben skizzierten Zukunftsfähigkeitsziele ausgetauscht werden. Der Wettbewerb hat eine Funktion, aber er darf nur eines von vielen Zielen sein und muss reguliert werden, z.B. durch internationale Kartellgesetze.

Den Verursacher zur Kasse bitten

Es ist ungerecht und nicht nachhaltig, dass Regierungen oder die Öffentlichkeit für die Kosten von Umweltschäden aufkommen sollen. Der Verursacher selbst muss die Kosten für die Beseitigung und Verhinderung von Umweltverschmutzungen tragen. Im Regelfall bedeutet dies, dass Unternehmen diese Kosten durch Ökosteuern und Gesetze auferlegt werden.

Transparenz und Demokratie im Welthandel durchsetzen

Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse

Eine zukunftsfähige und demokratische Gesellschaft ist ein ehrgeiziges Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn die internationale Politik tatsächlich die Bedürfnisse der Menschen wieder spiegelt. Politische Dezentralisierung ist ein unbedingt notwendiges (aber nicht ausreichendes) Instrument dafür. Es ist deswegen auch unerlässlich, lokale und regionale Zusammenschlüsse zu Entscheidungsträgern zu machen und alle Entscheidungsprozesse, auf internationaler wie lokaler Ebene, wirklich durchlässig, transparent und demokratisch zu gestalten.

Regierungen und Verantwortlichkeit

Es ist zwar richtig und angemessen, dass Regierungen internationale Verträge aushandeln und stellvertretend für ihre Bürger annehmen. Jedoch sind Regierungen ihren Bürgern gegenüber für ihre Handlungen auf jeder politischen Ebene verantwortlich. Die Einforderung einer solchen Verantwortung setzt voraus, dass Bürger erkennen können, was die hoheitlichen Handlungen bedeuten und welche Folgen sie mit sich bringen. Deswegen müssen internationale Verhandlungen, insbesondere die zum internationalen Handel, erheblich transparenter und offener gestaltet werden. Dies kann durch die Einbeziehung neutraler Beobachter erreicht werden, die an allen Treffen und Verhandlungen teilnehmen sollten. Außerdem müssen offizielle Dokumente im Regelfall öffentlich zugänglich sein und deren Geheimhaltung gesondert begründet werden.

„One nation, one vote“ :

Gerechte Beteiligung aller

Trotz offizieller Regeln, die eine gleichberechtigte Beschlussfassung nach dem „one nation, one vote“ Prinzip in der WTO festlegen, sind insbesondere Entwicklungsländer sehr häufig von Verhandlungen ausgeschlossen. Ihre Unterhändler werden oft ignoriert. Alle internationalen Organisationen müssen interne Transparenz nachweisen. In offiziellen Verhandlungen, Kommissionen und Arbeitsgruppen müssen die Teilnehmer durch Selbstwahl bestimmt werden. Zudem setzt gleichberechtigte Beteiligung durch Entwicklungsländer die finanzielle und technische Hilfe durch den Norden voraus.

Regeln und Institutionen erneuern

Schärfere Gesetze sind nötig

Internationales Recht und sein Vollzug müssen gestärkt werden. Im Moment sind die WTO, und andere internationale Finanzinstitutionen und die Vereinten Nationen in der Hand der Mächtigen.

Im Rahmen der WTO werden im Regelfall nur Anträge und Änderungen diskutiert, die den stärkeren Vertragsparteien zugute kommen – trotz des „one nation one vote“ Prinzips. Und weil die aus solchen Verhandlungen hervorgehenden Regeln die stärkeren Vertragsparteien weiter stärken, sind auch die Instrumente zur Durchsetzung dieser Regeln (Streitbeilegung und Sanktionen) gut ausgebildet. In den internationalen Finanzinstitutionen sind andererseits bereits die Entscheidungsstrukturen so angelegt, dass die reichen Industrieländer (die sogenannten „Geberländer“) ihre Interessen immer durchsetzen können. Sanktionen und Strafen sind in diesem Rahmen auch einfach: Kredite werden zurückgehalten und Kreditbedingungen für die Schuldnerländer verschlechtert.

Im Rahmen der Vereinten Nationen stellt sich derselbe Machtkampf zwischen Nord und Süd anders dar. Viele sinnvolle Übereinkommen und Abmachungen sind getroffen worden, ihre Umsetzung und Implementierung ist aber meist nicht ausreichend oder gar nicht vorhanden – wiederum aufgrund des Einflusses derer, deren Macht dadurch eingeschränkt werden könnte. Der Einfluss von Großunternehmen wächst und wird sich durch den „Global Compact“ zwischen Konzernen und den Vereinten Nationen eher noch verstärken. So kann es nicht weitergehen. Gestärkte lokale und regionale Wirtschaftszusammenhänge auf Grundlage der skizzierten wirtschaftspolitischen Ziele, benötigen effektive internationale Handelsregeln. Diese müssen dann mit anderen internationalen Vorschriften verzahnt werden, so dass sich

Handelsregeln und sozial-ökologische Regeln ergänzen anstatt sich zu widersprechen.

Neue Ansätze, neue Infrastruktur

Die heutigen wirtschaftspolitischen Konflikte sind ein Spiegelbild der institutionellen Konflikte zwischen den Vereinten Nationen, der WTO und den Bretton Woods-Institutionen (Weltbank und IWF). Internationale Handels- und Finanzinstitutionen sollten vollständig in die Vereinten Nationen eingegliedert werden – wie einst geplant. Die Vereinten Nationen selber sollten institutionell gestärkt werden³.

Zukunftsfähige Wirtschaftssysteme und die WTO

Zukunftsfähige Wirtschaftssysteme, basierend auf den Grundprinzipien der Subsidiarität und der ökonomischen Vielfalt, werden natürlich auch internationale Handelsregeln und -institutionen benötigen. Aber diese Institutionen werden ihre Politik nicht auf veralteten neoliberalen Wirtschaftstheorien aufbauen. Debatten darüber, ob die WTO weiter existieren soll oder nicht, sind daher allerhöchstens von akademischen Interesse: Entweder die WTO passt sich einem neuen Mandat an und ersetzt das Paradigma des Freihandels mit dem der Zukunftsfähigkeit oder sie muss von einer geeigneteren Institution abgelöst werden.

³ Friends of the Earth International hat eine gemeinsame Position zur „International Environmental Governance“ entwickelt, die unter http://www.foei.org/campaigns/Rio_10/indexrio10.html zur Verfügung steht und beim BUND angefordert werden kann

Zukunftsfähigkeit verlangt auch einen Kurswechsel von IWF und Weltbank

Das Freihandels-Paradigma der WTO wird ergänzt von den Strukturanpassungs-Programmen des IWF und der Entwicklungsbanken, die Entwicklungsländern aufgeben, ihre Märkte zu öffnen. Der Zwang zur Marktöffnung ist auch Kernbestandteil der neueren Weltbankstrategien zur Armutsbekämpfung. Damit vertreten diese internationalen Finanzinstitutionen eher die Interessen multinationaler Konzerne als die der Mehrheit der Weltbevölkerung oder der Umwelt.

Die Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschaftssysteme wird auch Folgen für diese Finanzinstitutionen haben. Die Einführung und Verfolgung neuer wirtschaftspolitischer Ziele und die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips wird dazu führen, dass Entscheidungsvollmachten von diesen Institutionen auf nationale und regionale Institutionen überführt werden. Haushaltspläne würden ebenfalls auf neuen Prinzipien basieren.

Internationale Umweltschutzabkommen müssen Vorrang vor Handelsinteressen haben

Internationale Umweltschutzübereinkommen, Verträge über die Entwicklungszusammenarbeit, den Gesundheitsschutz-, oder Menschen- und Arbeiterrechte müssen generellen Vorrang vor Handelsvorschriften genießen. Dazu müssen die gültigen Handelsregeln geändert werden.

Die Kooperationsbereitschaft von Regierungen fördern

In einer Atmosphäre ständigen Wettbewerbs ist es kein Wunder, dass Staaten nur selten miteinander kooperieren. Dabei ist genau diese Kooperation unerlässlich, um dringende, aber schwierige globale Probleme wie den Schuldenerlass und den Klimawandel zu lösen.

Deshalb sollte es Regierungen ermöglicht werden, verstärkt zusammen zu arbeiten, um Entwicklungs- und Umweltprobleme zu meistern. Ein abgeschwächter globaler Wettbewerb wird dabei ebenso helfen wie die Möglichkeit, den Handel zum Erreichen neuer wirtschaftlicher Ziele zu nutzen. Zusätzlich müssen internationale Verträge verstärkt Sanktionen für eine fehlende Kooperationsbereitschaft vorsehen und Anreize für eine effektive Zusammenarbeit schaffen.

Streitbeilegung

Wo es Regeln gibt, gibt es Konflikte. Ein offenes, transparentes, unabhängiges und effektives internationales Streitschlichtungs-Forum ist deshalb unentbehrlich. Wie bereits oben skizziert, müssen Regierungen bei der Entscheidung über nationale Politiken und Maßnahmen einer allgemeinen Sorgfaltspflicht nachkommen, um negative Auswirkungen auf andere Länder möglichst zu vermeiden. Internationale Gerichte (etwa der Internationale Gerichtshof) sollten generell die Kompetenz besitzen, Konflikte auf der Grundlage anerkannter Prinzipien zu schlichten und abschließend zu entscheiden.

*„Die momentanen Handelsströme sind nicht diejenigen,
die wir uns für unsere Völker vorstellen.
Handel sollte gleichberechtigt zwischen den Geschlechtern sein, sollte fair sein,
die Umwelt schützen und zukunftsfähige Entwicklung fördern.
Er sollte eine Umverteilung von Wohlstand, Ressourcen und Macht
von den Reichen zu den Armen fördern.“*

Position der „Friends of the Earth International“ (FoEI)-Gruppen im Asiatisch-Pazifischen Raum

Spätestens seit dem Scheitern der WTO Konferenz in Seattle 1999 ist die wirtschaftlich dominierte Globalisierung ins Gerede gekommen. Immer mehr Menschen suchen weltweit nach Alternativen und Möglichkeiten, den globalen Handelsströmen sinnvolle ökologische und soziale Grenzen zu setzen.

Dieses Positionspapier ist ein einzigartiger Beitrag zu dieser Debatte, da es von Organisationen in Nord und Süd gleichermaßen verfasst wurde und mitgetragen wird. *Zukunftsfähig Wirtschaften* ist das Resultat eines zweijährigen Dialogs zwischen Mitgliedern des „Friends of the Earth International“-Netzwerkes auf allen Kontinenten, die unter verschiedenen ökonomischen und politischen Umständen ähnliche politische Ziele verfolgen.

Der BUND veröffentlicht *Zukunftsfähig Wirtschaften*, um diese internationale Globalisierungsdiskussion auch in Deutschland bekannt zu machen und einzufordern, dass die hier skizzierte Vision beim Weltgipfel zu Nachhaltiger Entwicklung im September 2002 in Johannesburg, Südafrika das Handeln der Regierungen leitet.

BUND – Friends of the Earth Germany

Der BUND ist als „Friends of the Earth Germany“ Teil des größten internationalen Netzwerkes von Umweltorganisationen Friends of the Earth International (FoEI). Der BUND hat „Friends of the Earth“-Partner in 65 Ländern. In Deutschland wird der BUND von über 250.000 Mitgliedern und mehr als 100.000 Förderinnen und Förderern unterstützt. Mehr über den BUND und sein internationales Netzwerk unter www.bund.net oder www.foei.org.



Weitere Informationen des BUND:
BUND Bundesgeschäftsstelle
Daniel Mittler
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin,
Tel.: (030) 2 75 86-4 68, Fax: -4 40,
daniel.mittler@bund.net



Programm „Welthandel, Ökologie und Nachhaltigkeit“ von FoEI:
Friends of the Earth International
Ronnie Hall
26-28 Underwood Street,
London, N1 7JQ,
United Kingdom,
Tel.: +44 (20) 7490 1555, Fax: -0881,
ronnieh@foe.co.uk

Impressum

Herausgeber:

Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland e.V.
(BUND),

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Telefon: 030/2 75 86-40

Telefax: 030/2 75 86-440

mail: info@bund.net

www.bund.net

Übersetzung:

Roda Verheyen,
Daniel Mittler

Redaktion:

Daniel Mittler,
Marc Engelhardt

Originaltext:

*Towards Sustainable
Economies, Friends of the
Earth International,
Amsterdam, 2000*

Titelbild:

Horst Haitzinger

ViSdP: Norbert Franck

Gestaltung: Natur & Umwelt

Druck: Z.B. Kunstdruck, Köln
November 2001

Bestellnummer: 45079